

## Chart of the Week

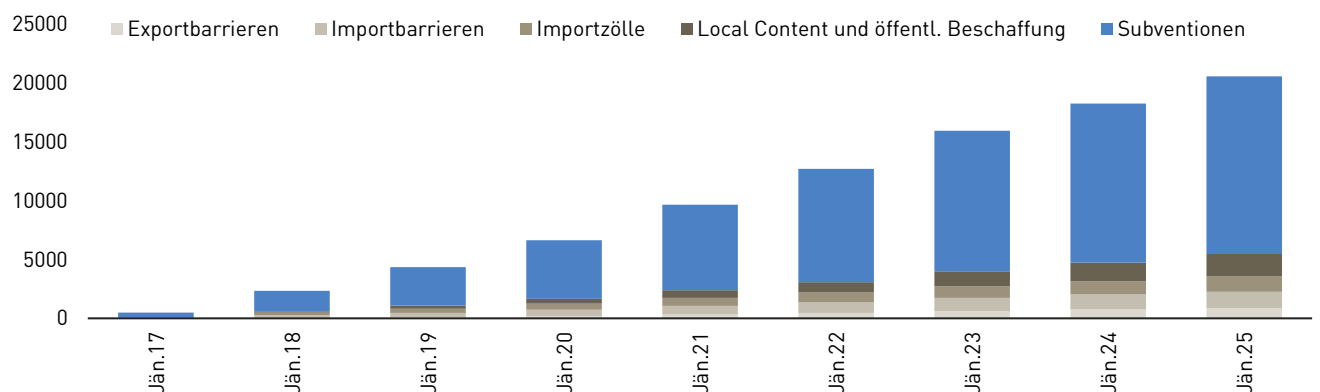
# Neue Dynamiken in der globalen Industriepolitik

Industriepolitische Eingriffe – insbesondere in den führenden Industrienationen – beeinflussen zunehmend die Wettbewerbssituation von Exportunternehmen auf den internationalen Märkten. Aktuelle Daten des *New Industrial Policy Observatory* (NIPO) belegen, dass die Zahl der weltweit in Kraft befindlichen industriepolitischen Maßnahmen weiterhin stetig zunimmt. Eine differenzierte Analyse der eingesetzten Instrumente zeigt: Subventionen waren im Januar 2025 mit einem Anteil von 73,3 % an allen erfassten Maßnahmen nach wie vor das dominierende industriepolitische Mittel.

## 3% der industriepolitischen Maßnahmen sind Subventionen – Zwangsmaßnahmen stark zunehmend

### Weltweit in Kraft befindliche Industriepolitiken (2017-2025)

Anzahl zum Januar des jeweiligen Jahres



Quelle: New Industrial Policy Observatory (NIPO).

Zölle, Lokalisierungsanforderungen (*local content measures*) sowie Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Beschaffung verzeichnen derzeit die höchsten Zuwachsraten – mit einem Anstieg von 18,5 % gegenüber dem Vorjahr. Zum Vergleich: Klassische Industriesubventionen nahmen im selben Zeitraum lediglich um 11,5 % zu. Dies weist auf eine mögliche Verschiebung der industriepolitischen Maßnahmen zu einem verstärkten Einsatz von Zwangsinstrumenten (*coercive measures*) hin – ein Trend, der sich derzeit insbesondere in den USA beobachten lässt. Exportorientierte Unternehmen sehen sich somit künftig nicht nur subventionsbedingten Wettbewerbsverzerrungen ausgesetzt, sondern müssen sich auch verstärkt auf protektionistische Rahmenbedingungen einstellen. Damit steigen sowohl die handelspolitische Unsicherheit als auch das Risiko verstärkter Handelsumlenkungseffekte (WTO). Die wirtschaftlichen Folgen sind bereits spürbar: Unternehmen zögern bei langfristigen Entscheidungen wie Investitionen, dem Ausbau von Exportkapazitäten oder dem Eintritt in neue Auslandsmärkte.

**FAZIT:** Als Industriestandort und kleine, offene Volkswirtschaft ist Österreich in besonderem Maße von wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen großer Wirtschaftsräume betroffen. Durch eine gut durchdachte Wirtschaftspolitik lassen sich die wirtschaftlichen Auswirkungen jedoch begrenzen und das eigene Wettbewerbsumfeld positiv gestalten. Eine innovationsorientierte europäische Industriestrategie, die auf den Stärken des Binnenmarktes aufbaut und in die sich nationale industriepolitische Ansätze kohärent und strategisch einfügen lassen, ist hierfür der richtige Ansatz. Als ein zentraler Bestandteil ist auch eine proaktive europäische Handelspolitik zu sehen. Neben der Vertiefung bestehender Freihandelsabkommen gilt es, die außenwirtschaftlichen Beziehungen durch neue Abkommen breiter aufzustellen und strategisch zu diversifizieren. Zugleich sollten handelspolitische Defensivinstrumente gezielt für ein gemeinsames und entschlossenes Vorgehen gegen unfaire Praktiken genutzt werden.



Weitere  
Publikationen  
finden Sie auf  
unserer Website!

**Medieninhaber/Herausgeber:**  
Wirtschaftskammer Österreich  
Abteilung für Wirtschaftspolitik  
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien  
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

**Abteilungsleitung:**  
MMag. Claudia Huber

**Chefredaktion:**  
Thomas Eibl

**Autor/Ansprechpartner:**  
Thomas Eibl,  
thomas.eibl@wko.at  
Tel: +43 5 90 900 | 3402  
6. Mai 2025